



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 12. Oktober 2011

Aus Berlin

Widmann-Mauz lobt Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Die Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit, Annette Widmann-Mauz (CDU), hat die KBV und weitere Verbände aus der Gesundheitspolitik zum Runden Tisch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingeladen und eine erste Bilanz gezogen. Widmann-Mauz sagt nun: „Ich freue mich, dass ein Großteil der gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf innerhalb nur eines Jahres umgesetzt werden konnte.“ Lob fand sie unter anderem für die Initiative der KBV, die die Internetplattform www.praxis-und-familie.de betreibt. Auf der Website stellt die KBV anhand von guten Beispiele dar, wie Beruf und Familie in der Arztpraxis in Einklang gebracht werden können. Besonders schätze Widmann-Mauz daran, dass Interessierte im persönlichen Kontakt mit Ansprechpartnern vor Ort treten können und diese Möglichkeiten intensiv genutzt werden.

Im Dezember 2010 hatten die Teilnehmer des Runden Tisches bereits gemeinsame Empfehlungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Gesundheitswesen formuliert. ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 12. Oktober](#))

Bundesregierung will Abrechnungsregeln in Kliniken verschärfen

Das Bundesgesundheitsministerium (BMG) will verhindern, dass privatversicherte Patienten in ausgegründeten Bereichen eines öffentlichen Krankenhauses zu deutlich höheren Kosten medizinisch versorgt werden können. Hierfür plant es der Süddeutschen Zeitung zufolge ein entsprechendes Gesetz, das aber noch mit der Regierung abgestimmt und anschließend von den Gesundheitspolitikern beschlossen werden muss.

Das BMG nimmt an, dass Krankenhausträger in den letzten Jahren Tochtergesellschaften gegründet haben, in die eine Behandlung von Privatpatienten verlagert werde. „In den ausgegründeten Einrichtungen werden für allgemeine Krankenhausleistungen regelmäßig höhere Entgelte verlangt als jede, die im Plankrankenhaus verlangt werden dürften“, heißt es in dem Antrag des BMG. ([Süddeutsche Zeitung, 6. Oktober](#))

Aus KBV und KVen

KBVMesse: Projekte zur vernetzten wohnortnahen Versorgung können vorgestellt werden

Die Anmeldefrist für Aussteller zur KBV Versorgungsmesse läuft noch bis zum 15. November 2011. Die mittlerweile dritte Versorgungsmesse findet vom 27. bis 29. Februar 2012 in Berlin statt und hat das Schwerpunktthema die vernetzte wohnortnahe Versorgung. Interessenten, die ihre Projekte an einem Stand zeigen möchten, können ihre Unterlagen per E-Mail bei der KBV unter messe@kbv.de einreichen und die Ausstellerkonditionen anfordern. ([Pressemitteilung der KBV, 11. Oktober](#))

KV-on: Wartezimmerinformationen bald auch in Fremdsprachen

Die Wartezimmerinformationen des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin (ÄZQ) soll es demnächst auch in sechs Fremdsprachen geben. Das kündigt Corinna Schaefer vom ÄZQ im Interview auf KV-on, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen, an. ([Videopodcast, 7. Oktober](#))

KV Bayerns verlangt Nachbesserungen an der geplanten spezialärztlichen Versorgung

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns lehnt den Gesetzentwurf zur spezialärztlichen Versorgung in der aktuellen Form ab. „In ihrer jetzigen, nicht ausgereiften Form stellt die neue Versorgungsebene an der Schnittstelle zwischen ambulantem und stationärem Bereich eine Gefahr für alle niedergelassenen Ärzte dar. Dagegen werden wir uns weiterhin deutlich zur Wehr setzen“, sagte Dr. Pedro Schmelz, erster stellvertretender Vorstandsvorsitzender der KV. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 10. Oktober](#))

Neue Filialpraxis in Sachsen-Anhalt eröffnet

Im Landkreis Stendal hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sachsen-Anhalt eine Filialpraxis eröffnet – die bereits vierte in dem Bundesland. Die neue Praxis der KV befindet sich in den Räumen des Krankenhauses Seehausen. Filialpraxen werden dort eröffnet, wo eine normale Praxis nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben ist, aber ein besonderer Versorgungsbedarf besteht. Patienten können somit wie gewohnt einen Arzt in ihrer Umgebung aufsuchen, ohne lange Wege in Kauf nehmen zu müssen. ([Pressemitteilung der KV Sachsen-Anhalt, 4. Oktober](#))

KV Westfalen-Lippe informiert zum Thema Gripeschutz

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Westfalen-Lippe hat gemeinsam mit der KBV eine Informationskampagne zum Thema Gripeschutzimpfung gestartet. Sie ist Teil der diesjährigen Präventionsinitiative zum Thema „Impfen schützt“. Hierzu werden Praxen in Westfalen-Lippe verschiedene Informationsmaterialien für Patienten zur Verfügung gestellt. ([Pressemitteilung der KV Westfalen-Lippe, 6. Oktober](#))

KV Nordrhein setzt sich für Schwerstkranke ein

Die gesetzlichen Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein haben einen Vertrag über die spezialisierte ambulante Palliativversorgung im Raum Düsseldorf abgeschlossen. Dieser umfasst eine Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen in häuslicher Umgebung. Der Vertrag gewährleistet eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung für circa 350.000 Einwohner. Für die Versorgung in dem Einzugsgebiet Düsseldorf stehen fünf Palliativ-Ärzte aus dem ambulanten und stationären Bereich zur Verfügung. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 6. Oktober](#))

Ärzteparlament in Bremen verabschiedet Resolution

Die Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bremen hat eine Landesbürgschaft in Höhe von acht Millionen Euro für das Medizinische Versorgungszentrum Ambulanz Bremen am Klinikum Bremen Mitte kritisiert. Der KV zufolge ist die Finanzierung rechtswidrig und benachteiligt niedergelassene Ärzte. Die Vertreterversammlung hat aus diesem Grund eine Resolution verabschiedet. ([Pressemitteilung der KV Bremen, 11. Oktober](#))

Spezialpraxis für mobilitätseingeschränkte Frauen in Bremen eröffnet

In Bremen ist Norddeutschlands erste gynäkologische Praxis für mobilitätseingeschränkte Frauen und Mädchen eröffnet worden. Initiator ist der Runde Tisch „Gesundheitliche Versorgung mobilitätseingeschränkter Frauen“. Träger sind die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bremen, das Klinikum Bremen-Mitte und die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit. ([Pressemitteilung der KV Bremen, 7. Oktober](#))

Aus den Verbänden

BÄK kritisiert Auflistung an delegierbaren ärztlichen Leistungen

Die Bundesärztekammer (BÄK) hat sich gegen eine exemplarische oder abschließende Auflistung delegierbarer ärztlicher Leistungen ausgesprochen. Eine solche Liste enge Spielräume für eigenverantwortliche Entscheidungen der Ärzte ein, so die BÄK. Sei eine Delegation einer Leistung an medizinische Assistenzberufe nicht auf der Liste vermerkt, würde diese kriminalisiert, befürchtet der Präsident der BÄK, Dr. Frank Ulrich Montgomery. Derzeit gibt es Pläne im Bundesgesundheitsministerium, eine solche Liste mit in das Versorgungsstrukturgesetz aufzunehmen. ([Pressemitteilung der BÄK, 6. Oktober](#))

ABDA-Vizepräsident spricht sich auf Apothekertag für Arzneimittelkonzept aus

Das gemeinsame Arzneimittelkonzept der KBV und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) kann die Umsetzung der Rabattverträge verbessern, sagte Friedemann Schmidt, Vizepräsident der ABDA bei einer Diskussionsrunde auf dem Deutschen Apothekertag. Erstellt der Arzt oder Apotheker für seinen Patienten einen Medikationsplan mit Wirkstoffnamen statt Präparatenamen, schütze das die Patienten vor Irritationen und verbessere die Compliance. ([Pressemitteilung der ABDA, 7. Oktober](#))

Informationen zum Weltrheumatag in der Arztbibliothek

Anlässlich des diesjährigen Weltrheumatages am 12. Oktober hat die Arztbibliothek Informationen rund um das Thema zusammengestellt. Es gibt mehr als hundert verschiedene rheumatische Erkrankungen. Sie sind in der Regel durch Schmerzen und Funktionseinschränkungen gekennzeichnet. ([Pressemitteilung des Ärztlichen Zentrums für Qualität in der Medizin, 11. Oktober](#))

GFB fordert Nachbesserung in der spezialärztlichen Versorgung

Die Gemeinschaft Fachärztlicher Berufsverbände (GFB) stellt sich hinter die Beschlüsse der KBV-Votreterversammlung und des KBV-Vorstandes zur spezialärztlichen Versorgung. Die KBV hatte die Einführung der spezialärztlichen Versorgung im Versorgungsstrukturgesetz befürwortet, in ihrer jetzigen Fassung jedoch abgelehnt. ([Pressemitteilung des GFB, 10. Oktober](#))

Bundespsychotherapeutenkammer will Wartezeiten auf dem Land verkürzen

Die Bundespsychotherapeutenkammer fordert, die Zahl der niedergelassenen Psychotherapeuten vor allem auf dem Land deutlich zu erhöhen. Patienten in ländlichen Regionen haben überdurchschnittlich lange Wartezeiten im Vergleich zum Bundesdurchschnitt, so der Verband. ([Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer, 7. Oktober](#))

Kassen und Kliniken streiten weiter über Abrechnungen

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) weist die Vorwürfe des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) nach fehlerhaften Klinikabrechnungen zurück. Eine Studie der BDO-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die die DKG in Auftrag gegeben hatte, belege, dass die Vorwürfe der Kassen falsch seien.

Der GKV-Spitzenverband hat den Kliniken vorgeworfen, dass jede zweite geprüfte Rechnung fehlerhaft sei. ([Pressemitteilung der GKV-Spitzenverbandes, 11. Oktober](#); [Pressemitteilung der DKG, 11. Oktober](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 54

54 Prozent der Frauen, die über 50 Jahre alt sind, gehen zum Mammografie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs. Hierzu werden alle zwei Jahre Frauen im Hauptrisikualter zwischen 50 und 69 Jahren eingeladen. (Agenturmeldung, 5. Oktober)

Aus der Presse

Müller will schärfere Regelungen bei Anwendungsbeobachtungen

Der Vorstand der KBV, Dr. Carl-Heinz Müller, hat transparentere Regelungen für Anwendungsbeobachtungen gefordert. Im Interview mit der Nachrichtenagentur dpa bekräftigte er aber auch, dass diese Studien nötig seien. Jedoch müsse die Entschädigung des Arztes dem Aufwand gegenüber angemessen sein, so Müller. Wie die Nachrichtenagentur meldete, zahlt die Pharmaindustrie teilnehmenden Ärzten pro Patient zwischen zehn und 1.000 Euro.

Müller forderte außerdem, dass sich Ärzte für diese Untersuchung anmelden und Patienten ihre Einwilligung zur Teilnahme geben müssten. Zudem sollte die Pharmaindustrie die Ergebnisse veröffentlichen müssen. „Bislang verschwinden sie bisweilen in der Schublade, wenn sie negativ ausfallen“, sagte er.

Bei Anwendungsbeobachtungen studieren Ärzte die Wirkung neuer Medikamente an ihren Patienten. Nach Angaben der KBV haben Niedergelassene zuletzt mehr als 80.000 Mal im Jahr an einer von über 300 Studien teilgenommen. (Agenturmeldung, 9. Oktober)

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------|---|
| 19.10.11 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart |
| 26.10.11 | <u>KBV kontrovers: „Arzt und Patient: Wie viel Selbststimmung darf's denn sein?“</u>
Berlin, 10-15 Uhr |
| 29.10.11 | Vertreterversammlung der KV Hessen
Frankfurt, 10 Uhr |
| 10.11.11 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 16.11.11 | Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz
Mainz, 15.30 Uhr |
| 17.11.11 | Vertreterversammlung der KV Hamburg
Hamburg, 20 Uhr |
| 25.11.11 | Vertreterversammlung der KV Brandenburg
Potsdam, 15 Uhr |

- 26.11.11 Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9.30 Uhr
- 28.11.11 [3. Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses](#)
Berlin, 10-17 Uhr
- 02.12.2011 – [Was gibt es Neues in der Allgemeinmedizin?](#)
04.12.2011 Berlin
- 27.02.2012 – [KBV Messe Versorgungsinnovation 2012](#)
29.02.2012 Die Versorgungsmesse in Berlin

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: fknoeppke@kbv.de; agromes@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>